

1952	Ausgegeben zu Bonn am 10. Dezember 1952	Nr. 19
Tag	Inhalt:	Seite
5. 12. 52	Gesetz über das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes	975
14. 10. 52	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl	978
11. 11. 52	Bekanntmachung über die Ratifikation des Londoner Abkommens betreffend Reiseausweise für Flüchtlinge durch Brasilien	978
15. 11. 52	Bekanntmachung zum Internationalen Abkommen vom 24. April 1926 über Kraftfahrzeugverkehr	978
28. 11. 52	Bekanntmachung über die Ratifikation des Ersten Zusatzabkommens zum Zollvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft	978

**Gesetz über das Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik
auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes.**

Vom 5. Dezember 1952.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Rom am 30. April 1952 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes wird zugestimmt.

Artikel 2

(1) Das Abkommen wird nachstehend mit Gesetzeskraft veröffentlicht.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen gemäß seinem Artikel 9 endgültig in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 5. Dezember 1952.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Bundeskanzler
und Bundesminister des Auswärtigen
Adenauer

Der Bundesminister der Justiz
Dehler

ABKOMMEN
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Italienischen Republik
auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes

DIE REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DIE REGIERUNG DER ITALIENISCHEN REPUBLIK

haben die für beide Länder sich ergebende Notwendigkeit erwogen, die ihren Staatsangehörigen durch den Krieg entstandenen Schäden auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes zu beheben, auch im Hinblick darauf, daß es den natürlichen Personen deutscher Staatsangehörigkeit und den juristischen Personen, die nach deutschem Recht bestehen, unmöglich gewesen ist, von den Bestimmungen, die in der Gesetzesverordnung Nr. 1031 vom 30. September 1947 enthalten sind, Gebrauch zu machen. Sie haben dabei die Verpflichtungen berücksichtigt, die sich für jede der beiden Regierungen aus den Übereinkommen, Staatsverträgen und internationalen Abkommen ergeben, die gegenwärtig in Kraft sind.

Demgemäß ist folgendes vereinbart worden:

Artikel 1

Die in Artikel 4 der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums für die Hinterlegung von Anmeldungen für Erfindungspatente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster oder Modelle oder Fabrik- und Handelsmarken vorgesehenen Prioritätsfristen, die am 13. Oktober 1943 noch nicht abgelaufen waren oder die erst nach diesem Zeitpunkt zu laufen begonnen haben und die vor dem 30. April 1952 abgelaufen sind, werden bis zum 30. April 1953 verlängert.

Artikel 2

Anmeldungen im Sinne dieses Abkommens sind Anmeldungen in einem Lande, das Mitglied der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums ist, einschließlich Anmeldungen bei den auf Grund des deutschen Gesetzes vom 5. Juli 1948 errichteten Annahmestellen Berlin und Darmstadt.

Artikel 3

Für die in diesem Abkommen genannten Anmeldungen endet die nach der Gesetzgebung der beiden vertragschließenden Teile vorgesehene Frist zur Abgabe einer Prioritätserklärung nicht vor Ablauf des 30. April 1953.

Artikel 4

Dritte, die nach dem 13. Oktober 1942 und vor dem Tage der Unterzeichnung dieses Abkommens eine Erfindung, ein Gebrauchsmuster oder ein gewerbliches Muster oder Modell in gutem Glauben in Benutzung genommen oder in dieser Zeit die erforderlichen Veranstaltungen dazu getroffen haben, können diese Benutzung nach Maßgabe der durch die Gesetzgebung des vertragschließenden Teiles getroffenen Bestimmungen fortsetzen.

ACCORDO
concluso tra la Repubblica Italiana
e la Repubblica Federale di Germania
in materia di protezione dei diritti
di proprietà industriale

IL GOVERNO DELLA REPUBBLICA ITALIANA

e

IL GOVERNO DELLA REPUBBLICA FEDERALE DI GERMANIA

Considerata la necessità per i due Paesi di porre rimedio ai pregiudizi subiti a causa della guerra dai loro nazionali in materia di diritti di proprietà industriale;

Data l'impossibilità nella quale si sono trovate le persone fisiche di nazionalità germanica e le persone giuridiche soggette al diritto germanico di avvalersi delle norme contenute nel Decreto Legislativo 30 settembre 1947, n. 1031;

Tenuto conto degli obblighi derivanti a ciascuno dei due Governi dalle Convenzioni, Trattati ed Accordi internazionali in vigore;

Hanno convenuto quanto segue:

Articolo 1

Sono prorogati fino al 30 aprile 1953 i termini di priorità, previsti dall'articolo 4 della Convenzione d'Unione di Parigi per la protezione della proprietà industriale, relativi al deposito di domande di brevetto d'invenzione, di modelli d'utilità, di disegni o modelli industriali, o di marchi di fabbrica o di commercio, che non erano ancora scaduti il 13 ottobre 1943 e quelli che hanno cominciato a decorrere dopo tale data e che sono scaduti prima del 30 aprile 1952.

Articolo 2

Sono considerati depositi nel senso del presente Accordo i depositi effettuati in un paese membro dell'Unione di Parigi per la protezione della proprietà industriale, compresi i depositi eseguiti presso gli Uffici di Berlino e di Darmstadt, istituiti dalla legge germanica del 5 luglio 1948.

Articolo 3

Il termine previsto dalla legislazione delle due Parti contraenti per fare la dichiarazione di priorità non scadrà, per quanto concerne i depositi indicati dal presente Accordo, prima del 30 aprile 1953.

Articolo 4

I terzi che, dopo il 13 ottobre 1942 e prima della data della firma del presente Accordo, avessero in buona fede intrapreso l'attuazione o fatto preparativi effettivi in vista dell'attuazione di una invenzione di un modello di utilità o di un disegno o modello industriale, potranno continuarne l'utilizzazione nella misura in cui la legislazione del Paese contraente lo permette.

Artikel 5

Wenn die in der Gesetzgebung der beiden vertragschließenden Teile vorgeschriebene Bescheinigung über die Erstanmeldung nicht vorgelegt werden kann, weil die zuständige Behörde an der Ausstellung solcher Bescheinigungen durch Kriegsauswirkungen verhindert ist, so wird die beanspruchte Priorität zugelassen, wenn durch eine Erklärung der zuständigen Behörde sowohl Inhalt als auch Zeitpunkt der entsprechenden Erstanmeldung als glaubhaft gemacht erscheinen.

Artikel 6

Die Erneuerung von Marken, für die gemäß der Gesetzgebung der beiden Länder die Schutzfrist in der Zeit vom 13. Oktober 1943 bis 30. April 1953 abgelaufen ist oder ablaufen wird, kann mit Wirkung vom Ablauf der vorausgehenden Gültigkeitsdauer unter der Bedingung stattfinden, daß der Antrag auf Erneuerung bis zum 30. April 1953 gestellt wird.

Die Erneuerung der deutschen und italienischen Marken, die international gemäß dem Abkommen von Madrid vom 14. April 1891 registriert sind, hat im Gebiet eines jeden der vertragschließenden Teile Wirkung von dem Ablauf der normalen Gültigkeitsdauer der vorbezeichneten internationalen Eintragung an, vorausgesetzt, daß die Erneuerung bis zum 30. April 1953 im internationalen Register eingetragen wird.

Artikel 7

Der Zeitraum zwischen dem 13. Oktober 1943 und dem 1. April 1951 bleibt für die Berechnung der Frist, die für die Benutzung einer Marke durch die Gesetzgebung der beiden vertragschließenden Teile vorgesehen ist, außer Betracht.

Artikel 8

Unter dieses Abkommen fallen:

- a) Natürliche Personen, welche die deutsche oder die italienische Staatsangehörigkeit besitzen, gleichgültig, wo sie ihren Wohnsitz haben;
- b) juristische Personen, die nach deutschem oder italienischem Recht bestehen.

Die Vergünstigungen dieses Abkommens können auch von den Rechtsnachfolgern der ursprünglichen Inhaber in Anspruch genommen werden, wenn die Rechtsnachfolger Staatsangehörige eines der vertragschließenden Teile sind und ihre Rechte nachweislich vor dem 1. Mai 1950 erworben haben.

Artikel 9

Dieses Abkommen soll ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen alsbald in Bonn ausgetauscht werden.

Dieses Abkommen tritt vorläufig am Tage der Unterzeichnung und endgültig am Tage des Austauschs der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten, die ordnungsgemäß von ihren Regierungen hierzu ermächtigt sind, nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten dieses Abkommen mit ihren Unterschriften versehen.

Ausgefertigt zu Rom in zweifacher Ausfertigung am 30. April 1952 in deutscher und italienischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sein sollen.

Articolo 5

Se il certificato relativo al primo deposito, quale è prescritto dalla legislazione delle due Parti contraenti, non potesse essere presentato per il fatto che l'Autorità competente non è in grado, causa la guerra, di rilasciarlo, la priorità rivendicata sarà ammessa su presentazione di una dichiarazione rilasciata dalla Autorità competente, semprechè tanto il contenuto quanto la data del primo deposito appaiano, in base a tale dichiarazione, verosimili.

Articolo 6

La rinnovazione dei marchi per i quali, ai sensi della legislazione dei due Paesi, sono scaduti o scadranno i termini per la protezione nel periodo compreso dal 13 ottobre 1943 al 30 aprile 1953, può aver luogo con effetto dalla scadenza del precedente periodo di validità a condizione che il deposito della domanda di rinnovazione sia stato eseguito entro il 30 aprile 1953.

La rinnovazione dei marchi italiani e germanici, registrati internazionalmente ai sensi dell'Accordo di Madrid del 14 aprile 1891, ha effetto, nel territorio di ciascuna delle due Parti contraenti, dalla scadenza della normale durata dell'anzidetta registrazione internazionale, purchè la rinnovazione sia iscritta nel Registro internazionale entro il 30 aprile 1953.

Articolo 7

Il periodo compreso tra il 13 ottobre 1943 e il 1° aprile 1951 è escluso dal computo del tempo entro il quale un marchio deve essere utilizzato a termini della legislazione delle due Parti contraenti.

Articolo 8

Il presente Accordo è applicabile:

- a) alle persone fisiche di nazionalità italiana o germanica, qualunque sia il luogo del loro domicilio;
- b) alle persone giuridiche soggette al diritto italiano o germanico.

I benefici del presente Accordo possono anche essere invocati dagli aventi causa dei titolari originari qualora detti aventi causa siano cittadini di una delle Parti contraenti e purchè i loro diritti siano stati acquistati con data certa prima del 1° maggio 1950.

Articolo 9

1. Il presente Accordo dovrà essere ratificato e gli strumenti di ratifica saranno scambiati a Bonn al più presto.

2. Il presente Accordo entrerà in vigore provvisoriamente alla data della firma e definitivamente all'atto dello scambio degli strumenti di ratifica.

In fede di che i sottoscritti, debitamente autorizzati dai rispettivi Governi e dopo essersi scambiati i loro pieni poteri, riconosciuti in buona e debita forma, hanno firmato il presente Accordo.

Fatto a Roma in duplice esemplare il 30 aprile 1952 in lingua italiana e tedesca, ambo i testi facendo egualmente fede.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:

Eduard Reimer

Für die Italienische Regierung
gezeichnet:

Antonio Pennetta

Per il Governo Italiano
firmato:

Antonio Pennetta

Per il Governo della
Repubblica Federale di Germania
firmato:

Eduard Reimer

**Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrages über die Gründung
der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.**

Vom 14. Oktober 1952.

Gemäß Artikel II Abs. 2 des Gesetzes vom 29. April 1952 betreffend den Vertrag vom 18. April 1951 über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Bundesgesetzbl. II S. 445) wird hiermit bekanntgemacht, daß der Vertrag am 23. Juli 1952 von der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg ratifiziert worden ist.

Nachdem die Ratifikation durch das Königreich der Niederlande bereits am 17. Juli 1952, diejenige

durch die Französische Republik am 18. Juli 1952 und diejenige durch das Königreich Belgien und die Italienische Republik am 22. Juli 1952 erfolgt war, ist der Vertrag demnach gemäß seinem Artikel 99 Abs. 2 am 23. Juli 1952 in Kraft getreten.

Bonn, den 14. Oktober 1952.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Hallstein

**Bekanntmachung über die Ratifikation
des Londoner Abkommens betreffend Reiseausweise für Flüchtlinge
durch Brasilien.**

Vom 11. November 1952.

Nach Mitteilung der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland ist das in London am 15. Oktober 1946 abgeschlossene Abkommen betreffend die Ausstellung eines Reiseausweises an Flüchtlinge, die unter die Zuständigkeit des zwischenstaatlichen Ausschusses für die Flüchtlinge fallen (Bundesgesetzbl. 1951 II S. 160), von Brasilien ratifiziert worden. Die Ratifikationsurkunde ist am 6. Mai 1952 bei der Regierung des Vereinigten Königreichs in London niedergelegt worden, sodaß das Abkommen gemäß seinem

Artikel 23 Abs. 2 für Brasilien mit dem 4. August 1952 in Kraft getreten ist.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 19. Juli 1951 (Bundesgesetzbl. II S. 160).

Bonn, den 11. November 1952.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Hallstein

**Bekanntmachung zum Internationalen Abkommen vom 24. April 1926
über Kraftfahrzeugverkehr.**

Vom 15. November 1952.

Zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und den Regierungen der nachstehend genannten Staaten ist durch Notenwechsel Einverständnis darüber festgestellt worden, daß das am 24. April 1926 in Paris unterzeichnete Internationale Abkommen über Kraftfahrzeugverkehr (Reichsgesetzbl. 1930 II S. 1233) mit Wirkung vom 1. Mai 1952 im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den nachstehend genannten Staaten gegenseitig wieder angewendet wird:

Agypten, Belgien, Brasilien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Indien, Irischer Freistaat, Jugoslawien, Libanon, Luxemburg, Monaco, Niederlande, Norwegen, Österreich, Thailand.

Bonn, den 15. November 1952.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Hallstein

**Bekanntmachung über die Ratifikation
des Ersten Zusatzabkommens zum Zollvertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft.**

Vom 28. November 1952.

Das am 25. April 1952 unterzeichnete Erste Zusatzabkommen zum Zollvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 20. Dezember 1951 (Bundesgesetzbl. 1952 II S. 725) ist gemäß seinem Abschnitt C Abs. 1 ratifiziert worden. Der Austausch

der Ratifikationsurkunden hat am 13. November 1952 in Bonn stattgefunden.

Bonn, den 28. November 1952.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung des Staatssekretärs
Blankenhorn